

MOTION von Martin Ott (Grüne, Bäretswil) und Hans Peter Amstutz (EVP, Fehraltorf)
betreffend Revision des Volksschulgesetzes

Der Regierungsrat wird eingeladen, unverzüglich die Revision des Volksschulgesetzes an die Hand zu nehmen und neben dem Einbezug der Erfordernisse, die sich aus dem Geist des Neuen Lehrplanes ergeben, vor allem folgende Forderungen einzubeziehen:

1. Im Rahmen des Neuen Lehrplanes ist den Schulgemeinden mehr Autonomie bei der Ausgestaltung ihrer Schulen einzuräumen, damit lokale Verhältnisse besser berücksichtigt werden können.
2. Den Schulgemeinden soll es gesetzlich ermöglicht werden, Schulen mit eigener Prägung zu errichten.
3. Auch das Errichten und Betreiben von privaten Volksschulen soll als Ergänzung zur Staatsschule möglich sein. Falls diese Schulen durch offene Trägerschaften und innere Solidarität garantieren können, dass Kinder unabhängig der finanziellen Möglichkeiten der Eltern aufgenommen werden, ist zu prüfen, ob Subventionsanteile auszurichten sind.

Martin Ott
Hans Peter Amstutz

Begründung

Die kürzlich erfolgte Diskussion um die Gewalt an den Volksschulen zeigte den Wunsch nach einer stärkeren Gewichtung des emotionalen und sozialen Bildungsauftrages und nach strukturellen Korrekturen. Die zentralen Forderungen aus dieser Diskussion sind in dieser Motion zusammengefasst und sollen Anlass sein, die in vielen Punkten veralteten, komplizierten Gesetzesgrundlagen zu straffen und zu revidieren.

Nur durch freie, anpassungsfähige und möglichst selbstverwaltete und -verantwortete Schulkhäuser kann den neuen Erziehungsdefiziten begegnet werden. Es ist bei der Forderung nach einem innovativen, dezentral verantworteten Schulsystem wichtig, den gesellschaftlichen Pluralismus anzuerkennen.